

Editorial – Thema der Woche**Montag, 22. September 2014**

Die pharmazeutische Industrie hat das Problem, dass sie landläufig nur als „die Pharma-Industrie“ wahrgenommen wird. Das hat den ausgesprochen unangenehmen Nebeneffekt, dass stets das Image der gesamten Branche in Rampenlicht steht, wenn irgendein pharmazeutisches Unternehmen – aus welchen Gründen auch immer – in den Fokus von Presse und Politik gerät. Da haben es Krankenkassen besser...

Im Moment ist das amerikanische Pharma-Unternehmen Gilead dabei, den Ruf der Branche mal wieder gründlich zu versauen. Denn eine „1000 Dollar Pille“ kann aus Sicht der notorischen Branchen-Kritiker per se moralisch keinesfalls gerechtfertigt sein und ist deswegen automatisch mit Abzocke und Renditerausch gleichzusetzen. Deswegen sah sich Gesundheitsminister Herrmann Gröhe gleich mal genötigt, am Vorabend des koalitionsseitig beschlossenen „Pharma-Dialogs“ den eingeladenen Dialog-Partnern via „Handelsblatt“ einige kräftige Worte ins Stammbuch zu schreiben. Die ist sie wieder: „Die Pharma-Industrie“.

Tatsächlich beunruhigt die Preispolitik von Gilead bei ihrem Hepatitis-Medikament Solvadi auch die anderen Unternehmen, denn es ist schon klar, dass ein Arzneimittel, für das – rein gewichtsmäßig – ein Vielfaches vom aktuellen Goldpreis aufgerufen wird, an den Grundfesten unseres solidarischen Krankenversicherungssystems rüttelt. Trotzdem erscheinen die üblichen reflexhaften Empörungsreaktionen erst mal nur zum Teil angebracht. Die GKV hat nun mal ihr Leistungsversprechen, und im Rahmen dieses Versprechens dort medizinisch zu helfen, wo dies möglich ist (und zwar ohne primäre Sicht auf die Kosten) ist eine Kulturleistung, die ich nicht missen möchte und auf die wir stolz sein können. Das aber sollte, bitte schön, auch ausschließen, dass dieses Leistungsversprechen ohne soziale Verantwortung für das Gesamtsystem zum Wohle einzelner Unternehmen bis zum Kollaps-Risiko ausgedehnt wird. Gerade an dieser Stelle jedoch steckt das Problem: Ob der Preis, den Gilead für Solvadi aufruft, vor dem Hintergrund eines solidarischen Krankenversicherungssystems angemessen ist oder nicht, lässt sich derzeit schlicht nicht prüfen, da das Unternehmen sich über seinen entsprechenden Forschungsaufwand in Schweigen hüllt.

Wenn die Versorgung lebensbedrohlicher Erkrankungen ein ganz normaler „Markt“ wäre, könnte man ja mit einer solchen Geschäftspolitik leben. Irgendwann aber schlägt eine latent konfrontative Preisbildung, die der Solidargemeinschaft kommentarlos die Pistole auf die Brust setzt, und danach fragt, wie viel ihr das Überleben ihrer Schwerstkranken wert ist, um in Nötigung – und dann wird es unappetitlich. Die pharmazeutische Industrie, deren Ruf ja, wie wir wissen, nicht der allerbeste ist, sei geraten, sich sehr weit von einem gesellschaftlichen Diskussionsklima zu distanzieren, in dem dieser Nötigungs-Gedanke auch nur den Hauch einer rationalen Grundlage besitzt. Deswegen täten alle Unternehmen gut daran, „Ausreißer“ innerhalb der eigenen Reihen hart zur Ordnung (und zur Transparenz) zu mahnen und nicht schulterzuckend darauf zu verweisen, dass die konkrete Geschäfts- und Preispolitik Sache des jeweiligen Unternehmens sei. In einem ethischen Markt der von Kollektivgeldern gespeist wird, ist sie es eben gerade nicht.

Ob nun der Preis für Solvadi „anständig“ oder „unanständig“ ist, wissen wir bislang nicht. Wäre er angemessen, sollten wir stolz sein auf unser System, bei dem sich die Kranken auch in Hochkostenfällen auf die Solidarität der Gesunden verlassen können. Ist er allerdings nicht angemessen, sollten wir diesem Treiben schnellsten Einhalt gebieten. Aufgaben des Unternehmens ist es, diese Unsicherheit möglichst rasch zu beenden. Und das zum Wohle der gesamten Branche!